

Waffenstillstandsabkommen für Gaza: Ruhepause – aber kein Ende der kolonialen Besatzung

Basil Farraj, Shatha Abdulsamad, Diana Buttu, Talal Ahmad Abu Rokbeh,

Al Shabaka, 21. 01.25

Tatsächlich liegt die Verpflichtung nicht bei denjenigen, die getötet werden oder unter militärischer Besatzung leben, mit denen zu verhandeln, die Völkermord begehen. Vielmehr ist es die moralische und rechtliche Pflicht der internationalen Gemeinschaft, dem Völkermord ein Ende zu setzen.

Die Verhinderung und Bestrafung von Genozid sind schließlich unumstößliche Normen des Völkerrechts, die nicht verhandelbar sind.

Am 15. Januar 2025 verkündete Katar ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der israelischen Regierung und der Hamas. Die lang erwartete Einigung, die von Katar, Ägypten und den Vereinigten Staaten vermittelt wurde, versprach ein Ende der 15 Monate andauernden völkermörderischen Angriffe auf den Gazastreifen, während derer die israelischen Streitkräfte mindestens 64.260 Palästinenser getötet und einen Großteil des Streifens in Schutt und Asche gelegt hatten.

Nach einigen angespannten Hürden im Anschluss an die Ankündigung der Vereinbarung, zu denen auch der Vorwurf der israelischen Regierung gehörte, die Hamas würde Teile des Übereinkommens nicht einhalten, trat der Waffenstillstand wenige Stunden nach seinem geplanten Beginn am 19. Januar in Kraft.

In der Zwischenzeit setzte das israelische Regime die Bombardierung des Gazastreifens bis zu diesem Zeitpunkt fort.

Die zweite Phase umfasst eine Erklärung über eine anhaltende Ruhe, die Freilassung weiterer Gefangener und den vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen. Die letzte Phase umfasst die Rückgabe der Leichen verstorbener Palästinenser, die in israelischen Gefängnissen festgehalten wurden, den Beginn des Wiederaufbauplans für den Gazastreifen und die Wiedereröffnung der Grenzübergänge.

Die Durchsetzung des Waffenstillstands bedeutet zwar eine entscheidende Erleichterung für die Palästinenser im Gazastreifen, die den Völkermord erdulden und sich dagegen wehren, doch bleibt die Skepsis über die Umsetzbarkeit der vollständigen Waffenruhe bestehen. Verschiedene Medien haben berichtet, dass der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu Regierungsvertretern versprochen hat, dass der Krieg nach Abschluss der ersten Phase wieder aufgenommen werden würde. ³ Er hat auch öffentlich erklärt, dass er die Rückendeckung der Trump-Administration hat, um die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn sie sich dafür entscheiden. ⁴ Wenn die Vereinbarungen vollständig umgesetzt werden, wird die israelische Regierung wahrscheinlich versuchen, Gewinne zu erzielen, die sie während des Krieges nicht erreichen konnte.

In dieser Diskussionsrunde äußern sich die Al Shabaka-Analysten Shatha Abdulsamad, Basil Farraj, Talal Abu Rokbeh und Diana Buttu zu den verschiedenen Aspekten des Waffenstillstandsabkommens und ihrer Bedeutung im breiteren Kontext des israelischen Siedlerkolonialismus in Palästina.

Neugestaltung der humanitären Situation

Shatha Abdulsamad

Die erste Phase des Waffenstillstandsabkommens sieht vor, dass mehr humanitäre Hilfe und Hilfsgüter in den Gazastreifen gelangen. Dazu gehören Lebensmittel, medizinische Hilfsgüter und Treibstoff, die dringend benötigt werden, um lebenswichtige Infrastrukturen wie Krankenhäuser und Telekommunikationsdienste wieder in Gang zu bringen. Diese Zunahme der Hilfslieferungen ist zwar wichtig, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, um die katastrophale humanitäre Krise in Gaza zu bewältigen. Angesichts der chronischen Versorgungsengpässe werden schätzungsweise mindestens 600 Hilfsgütertransporte pro Tag benötigt, um die Verwüstungen im Ansatz zu beseitigen. ⁵ Allerdings gibt es erhebliche Probleme bei der Lieferung und effektiven Verteilung der Hilfe.

Die israelischen Streitkräfte haben in den vergangenen 15 Monaten den größten Teil der Straßen und der Infrastruktur im Gazastreifen zerstört, was die Lieferung humanitärer Hilfe zu einer großen Herausforderung macht. Gleichzeitig droht das israelische Gesetz zum Verbot der UNRWA, das Ende Januar in Kraft treten soll, ein Vakuum bei der Verteilung humanitärer Hilfe zu schaffen. Die UNRWA ist der wichtigste Lieferant von Hilfsgütern, medizinischer Versorgung und Bildungsdiensten für die Palästinenser, und ein Verbot würde verheerende Auswirkungen auf ihr Leben haben. ⁶

Die israelische Regierung und die USA arbeiten an einem Plan zur Ersetzung der UNRWA als Teil einer umfassenderen Strategie zur Schaffung einer alternativen humanitären Struktur.

Diese Alternative würde das UN-Hilfswerk vollständig ausschließen und die Mittel auf andere Einrichtungen und internationale Organisationen umleiten, die fast ausschließlich von den USA finanziert werden. Diese Politik zielt darauf ab, die Arbeit der UNRWA einzustellen und ihr Mandat für die palästinensischen Flüchtlinge abzuschaffen, wodurch das kollektive Recht auf Rückkehr untergraben wird. 7, *

Angesichts dieses heimtückischen Versuchs, die humanitäre Lage neu zu gestalten, sollten die internationalen Akteure darauf bestehen, dass die UNRWA ohne ein Ende der Besetzung ein unersetzlicher Dienstleister für die Palästinenser ist. In der Zwischenzeit sollte die internationale Gemeinschaft die israelische Regierung dafür zur Rechenschaft ziehen, dass sie das UN-Hilfswerk angreift und die humanitäre Hilfe blockiert, was einem Kriegsverbrechen gleichkommt. Zuweisungen zur Aufstockung der humanitären Hilfe im Zuge des derzeitigen Waffenstillstandsabkommens sind kein Ersatz für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht. Die unerbittlichen und systematischen Angriffe des israelischen Regimes auf humanitäre Einrichtungen und Mitarbeiter während des Völkermords müssen gründlich untersucht und nach internationalem Recht verfolgt werden. 8

Die Gewalt in israelischen Gefängnissen hat sich verschärft

Basil Farraj

Im Zuge des Waffenstillstandsabkommens werden in der ersten Phase 1.737 vom Staat Israel inhaftierte Palästinenser im Austausch gegen 33 in Gaza festgehaltene Israelis innerhalb von 42 Tagen freigelassen. Dazu gehören 296 palästinensische Gefangene, die lebenslange Haftstrafen verbüßen, und fast 1.000, die nach dem 7. Oktober 2023 im Gazastreifen festgenommen wurden. Etwa 180 der in dieser Phase freigelassenen Palästinenser werden aus Palästina abgeschoben.

Bei einer vollständigen Umsetzung des Abkommens würden die Leichen der Märtyrer und weitere Palästinenser, darunter auch prominente Gefangene, in den nachfolgenden Phasen freigegeben. Während die Hamas auf die Freilassung von Marwan Barghouthi, Ahmad Sa'adat und anderen hochrangigen politischen Führungspersonlichkeiten drängt, die in israelischen Gefängnissen festgehalten werden, bleibt unklar, ob das israelische Regime dem nachkommen wird. 9

Die israelische Regierung hat diesen Austausch von Gefangenen, die im Gazastreifen festgehalten werden, bereits vorweggenommen. Seit dem 7. Oktober haben die israelischen Streitkräfte in der gesamten Westbank umfangreiche Verhaftungskampagnen unternommen. Dadurch verdoppelte sich die Zahl der Palästinenser in israelischen Gefängnissen, was wiederum die Verhandlungsposition der israelischen Regierung bei dem Austauschgeschäft verbes-

serte. Gleichzeitig haben sich die Bedingungen für die Palästinenser in den israelischen Gefängnissen seit dem 7. Oktober verschlechtert.

Das israelische Gefängnisssystem hat die inhaftierten Palästinenser seit Beginn des Völkermordes immer häufiger körperlichen und psychischen Misshandlungen, einschließlich sexueller Übergriffe, ausgesetzt. Palästinensische Gefangene, von denen viele ohne Anklage inhaftiert sind, 10 erhalten schlechte Nahrung, keine medizinische Versorgung und keinen Kontakt zu ihren Familien und Anwälten. Mindestens 56 Gefangene sind seit Beginn des Völkermords gestorben - entweder an den Folgen von Vernachlässigung oder Misshandlung. 11 Das Waffenstillstandsabkommen enthält keine Bestimmungen zur Verbesserung der Haftbedingungen und garantiert auch nicht, dass die freigelassenen palästinensischen Gefangenen nicht wieder verhaftet werden. Tatsächlich wurden nach dem Gefangenenaustausch vom November 2023 viele der freigelassenen palästinensischen Gefangenen erneut festgenommen.

12

Zwar ist es von entscheidender Bedeutung, dass das Waffenstillstandsabkommen dazu beigetragen hat, einige Gefangene aus den berüchtigten israelischen Gefängnissen zu befreien und den Gazastreifen von den unerbittlichen Bombardierungen zu verschonen, doch ändert dies nichts an der Wirklichkeit der gewaltsamen israelischen Praktiken in den Gefängnissen gegen die palästinensische Bevölkerung. Das israelische Regime hat 64 Palästinenser, darunter ein Kind, in der Westbank verhaftet, unmittelbar nachdem es 90 andere bei einem aktuellen Austausch freigelassen hatte. 13 Schließlich darf nicht vergessen werden, dass das Waffenstillstandsabkommen keine Bestimmungen über die Beendigung der Blockade und der Besatzung enthält, die den Gazastreifen selbst seit langem zu einem befestigten Freiluftgefängnis machen.

Zögerlicher Rückzug der israelischen Streitkräfte

Talal Abu Rokbeh

Die erste Phase des Waffenstillstandsabkommens sieht den teilweisen Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus den dicht besiedelten Zentren vor. 14 Die israelischen Truppen würden weiterhin eine 700 Meter tiefe Pufferzone entlang der Ost- und Nordgrenze des Gazastreifens aufrechterhalten.

Phase eins sieht auch einen gestaffelten Rückzug aus dem Netzarim-Korridor vor, dem militärisierten Gürtel in der Mitte des Streifens 15, den die Israelis während des Genozids angelegt hatten, um den Norden vom Süden zu trennen. Der Rückzug der israelischen Streitkräfte und der Abbau ihrer militärischen Einrichtungen aus diesem Korridor erleichtert die Rückkehr der meisten vertriebenen Palästinenser in ihre Wohngebiete im gesamten Streifen. Die

israelischen Streitkräfte sollten damit beginnen, ihre Präsenz im Philadelphi-Korridor zwischen Ägypten und dem Gazastreifen zu verringern, um den Weg für ihren vollständigen Rückzug vom Rafah-Übergang in der zweiten Phase des Abkommens zu ebnen. 16

Der Erfolg dieses Abkommens, das zu einem vollständigen israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen führt, hängt von den Verhandlungen der zweiten Phase ab. Der Staat Israel wird jedoch wahrscheinlich versuchen, die Umsetzung der Phasen zwei und drei mit der Frage der Verwaltung des Gazastreifens nach dem Krieg zu verknüpfen. Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich auf mehrere Herausforderungen stoßen, nicht zuletzt, weil die israelische Vision für die Zukunft des Gazastreifens auf der vollständigen Zerschlagung der Hamas beruht.

Tatsächlich wird das israelische Regime versuchen, auf dem Verhandlungsweg das zu erlangen, was es während des 15-monatigen Genozids nicht mit Gewalt erreichen konnte. In dieser Hinsicht wird es wahrscheinlich Hilfe und Wiederaufbau als Mittel der politischen Erpressung einsetzen, um die Hamas zur Kapitulation zu zwingen. Eine solche Aufgabe könnte die Zerschlagung der militärischen Kapazitäten der Qassam-Brigaden und die Absetzung der Hamas als Regierungsbehörde in Gaza beinhalten. Es ist erwähnenswert, dass das israelische Regime während des Völkermords mehrere Vorschläge für eine sichere Ausreise und ein Exil für die Hamas-Führung gemacht hat, die von den Palästinensern abgelehnt wurden. 17

Seit der Ankündigung des Waffenstillstands hat die israelische Regierung gedroht, dass sie sich das Recht vorbehält, ihren genozidalen Angriff jeden Moment wieder aufzunehmen. 18 Es wird auch erwartet, dass die Israelis darauf bestehen werden, ihre Streitkräfte auf unbestimmte Zeit in der Pufferzone zu halten und unter dem Vorwand der Sicherheit die Kontrolle über weiteres palästinensisches Land zu übernehmen. Die fortgeschrittenen militärischen Fähigkeiten der israelischen Regierung, ihre Kontrolle über die Grenzübergänge des Gazastreifens und ihre Möglichkeiten, den Wiederaufbauprozess zu stören, sorgen dafür, dass sie die Palästinenser im Gazastreifen weiterhin im Würgegriff hält.

Verhandlung über einen Völkermord

Diana Buttu

Struktur und Inhalt des am 15. Januar vereinbarten Waffenstillstandsabkommens sind genau dieselben wie in einem früheren Plan, der im Mai 2024 ausgehandelt und schließlich von Netanjahu abgelehnt wurde. 19 Während viel über die Bedingungen der Vereinbarungen geschrieben wurde und die Empörung über die Verzögerung bei der Umsetzung eines vor acht Monaten vorgelegten Waffenstillstands zum Ausdruck kam, haben Analysten eine entscheidende Frage übersehen: Warum müssen die Palästinenser überhaupt verhandeln?

Tatsächlich liegt die Verpflichtung nicht bei denjenigen, die getötet werden oder unter militärischer Besatzung leben, mit denen zu verhandeln, die Völkermord begehen. Vielmehr ist es die moralische und rechtliche Pflicht der internationalen Gemeinschaft, dem Völkermord ein Ende zu setzen. Die Verhinderung und Bestrafung von Genozid sind schließlich unumstößliche Normen des Völkerrechts, die nicht verhandelbar sind. Die Tatsache, dass es der Weltgemeinschaft in den vergangenen 15 Monaten nicht gelungen ist, dem Genozid gemeinsam ein Ende zu setzen, verheißt nichts Gutes für das rechtmäßige Funktionieren des internationalen juristischen Systems. 20

Wie der Internationale Gerichtshof in seinem Urteil vom Juli 2024 feststellte 21, ist es Aufgabe der Besatzungsmacht, widerrechtliche Handlungen abzustellen, und nicht Verpflichtung der besetzten Bevölkerung, über ihre Freiheit zu verhandeln. Folglich ist es unwahrscheinlich, dass die Bedingungen der derzeitigen Waffenstillstandsverhandlungen zur Befreiung von der Besatzung führen werden.

Der Staat Israel wird weiterhin die ultimative Kontrolle über den Gazastreifen und das Leben der Palästinenser ausüben. Der Waffenstillstand und die dringend benötigte Aufstockung der Hilfslieferungen verschaffen zwar eine gewisse Atempause von Tod und Leid, doch die Bedingungen des Abkommens lösen die katastrophale humanitäre Krise nicht. Die Verlegung des Militärs und die Mechanismen der Hilfslieferungen und -verteilung verstärken die israelische Kontrolle über palästinensisches Land. Auch die Erklärungen israelischer und amerikanischer Vertreter 22, die die Absetzung der Hamas fordern, zeigen, dass die israelische Besatzungsmacht den Gazastreifen weiterhin in ihrem Würgegriff halten will.

Zwar ist es der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen, den Völkermord zu beenden, aber das Mindeste, was sie jetzt tun kann, ist, das israelische Regime für seine abscheulichen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, seine koloniale Besatzung zu beenden und die Palästinenser nicht zu zwingen, noch einmal über ihre Freiheit zu verhandeln.

Talal Abu Rokbeh ist ein in Gaza ansässiger palästinensischer Politikwissenschaftler.

Shatha Abdulsamad ist Masterstudentin für Internationales Recht und Flüchtlingsfragen an der Amerikanischen Universität in Kairo.

Diana Buttu ist kanadisch-palästinensische Anwältin und ehemalige Beraterin der PLO, u.a. bei Verhandlungen.

Basil Farraj ist Assistenzprofessor an der Fakultät für Philosophie und Kulturwissenschaften an der palästinensischen Birzeit-Universität.

- 1 [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)02678-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)02678-3/fulltext)
- 2 <https://arabcenterdc.org/resource/details-of-the-ceasefire-deal-that-hamas-has-accepted/>
- 3 <https://www.middleeasteye.net/news/netanyahu-vows-continue-gaza-war-secure-support>
- 4 https://www.democracynow.org/2025/1/20/headlines/netanyahu_says_us_gave_him_green_light_to_resume_attacking_gaza_despite_ceasefire
- 5 <https://news.un.org/en/story/2025/01/1159116>
- 6 <https://news.un.org/en/story/2024/10/1156236>
- 7 <https://www.timesofisrael.com/us-said-leading-efforts-to-replace-unrwa-as-ban-that-would-paralyze-operations-looms/>
- <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/replacing-unrwa-opportunity-trump-should-not-miss>
- * Siehe auch: Israels UNRWA-Verbot ist ein spektakuläres Eigentor
<https://www.aljazeera.com/opinions/2024/11/26/israels-unrwa-ban-is-a-spectacular-own-goal>
- 8 <https://www.hrw.org/news/2024/05/14/gaza-israelis-attacking-known-aid-worker-locations>
- 9 <https://www.dropsitenews.com/p/israel-refusing-to-release-marwan-barghouti-ahmad-saadat>
- 10 <https://cda.gov.ps/index.php/en/51-slider-en/19429-update-on-the-number-of-palestinian-detainees-in-january-2026>
- 11 <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/young-palestinian-prisoner-dies-in-israeli-prison/3455658>
- 12 <https://www.middleeasteye.net/news/war-gaza-israeli-forces-re-arrest-palestinian-teenager-freed-captive-deal>
- 13 <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/israel-arrests-64-palestinians-in-west-bank-following-release-of-90-prisoners-as-part-of-swap-deal/3456601>
- 14 <https://arabcenterdc.org/resource/details-of-the-ceasefire-deal-that-hamas-has-accepted/>
- 15 <https://www.aljazeera.com/news/2025/1/15/what-do-we-know-about-the-israel-gaza-ceasefire-deal>
- 16 <https://www.theguardian.com/world/article/2024/sep/03/what-is-the-philadelphia-corridor-israel-gaza-egypt-netanyahu>
- 17 <https://edition.cnn.com/2024/09/10/middleeast/yahya-sinwar-safe-passage-israel-intl-latam/index.html>
- 18 <https://www.middleeastmonitor.com/20250117-netanyahu-warns-of-return-to-war-in-gaza-if-phase-2-of-agreement-fails/>
- 19 <https://www.nbcnews.com/news/world/changed-gaza-ceasefire-deal-was-rejected-months-ago-trump-officials-sa-rcna187921>
- 20 <https://ihl-databases.icrc.org/pt/ihl-treaties/genocide-conv-1948>
- 21 <https://www.icj-cij.org/index.php/node/204160>
- 22 <https://www.france24.com/en/middle-east/20250116-why-gaza-future-remains-unclear-despite-ceasefire-agreement-israel-war>

Quelle: <https://al-shabaka.org/roundtables/gaza-ceasefire-deal-respite-but-no-end-to-colonial-occupation/>

Übersetzung Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de